

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 218. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Sonntag, 11. Mai 1907.
Zweite Ausgabe
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 1.
Verleger: Dr. Walter Schwesinger in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 11. Mai.

* **St. Majestät** der Kaiser unternahm Freitag nachmittag von Wiesbaden aus mit den Herren des Hofes im Automobil eine Ausfahrt nach dem Tannenberg und machte von dort einen fünfstündigen Spaziergang bis Schlangenberg. Von dort kehrte St. Majestät im Automobil über Bombad nach Wiesbaden zurück.

Der Kronprinz wird sich Sonnabend abend von Düsseldorf nach Merseburg, Leipzig und St. Ulrich bei Mücheln begeben, wogin die Kronprinzessin am selben Tage ebenfalls abreist, und zwar Sonnabend bis Sonntag und Montag nach St. Ulrich. Die Rückkehr des Kronprinzen und der Kronprinzessin nach Potsdam erfolgt am Sonntag abend.

Mindestat. In der Freitag-Sitzung des Bundesrates wurde dem Kaiserliche Verträge über die Verlängerung des Auslieferungsvorgang zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland zugestimmt.

Erziehung zum Abgeordnetenwahl. Eine antike Weidung folgt: Bei der Erziehung zum Abgeordnetenwahl in Wahlkreis 21 bis 24 an 4 wurden im ganzen 148 Stimmen abgegeben. Zuvor erhielt Kandidat A. D. Dr. Spöckler-Deutscher (Nationaldemokrat) 89 und Kandidat B. Dr. Trautwein (Nationaldemokrat) 63 Stimmen. Letzterer ist mittig gewählt.

Die sozialdemokratische Kampfsache.

Der „Vorwärts“ gebietet sich wie rasend, weil man seine Parteifläche ein Pumpenstück benannt und bewiesen hat, wie aus ihr gepumpt wurde. Der „Vorwärts“ hat seine Meinung davon, daß die Parteifläche von den Genossen längst als Pumpenquelle angesehen wird. Der Parteiführer jagte vor dem Parteitag zu Bremen am 19. September 1904 nach dem Protokoll vorüber: Mit dem Wachstum der Einnahmen sind auch die Ansprüche gewachsen, ja geradezu kolossalartig angewachsen. Der gute Kampfabstand hat einen förmlichen Sturm auf die Parteifläche hervorgerufen. In einer einzigen Sitzung haben der Parteiführung Anträge auf Bewilligungen von im ganzen 100 000 Mark vorgelegen. Die Sorge, was wir mit dem vielen Geld anfangen sollen, ist also durchaus nicht vornehmend.

Es ist doch also ganz klar, daß alle die Antiquitäten der Parteifläche als Darlehenstafel ansehen, und da Zinsen nicht, vor kann, wie zu Zinsen gelangt wurde, so ist die Parteifläche als Pumpenstück mit eigenartiger Gesellschaftspraxis, auf die man sozialdemokratischerseits allerdings sehr stolz ist, denn auf dem Parteitag zu Zena verhandelte der Parteiführer am 19. September 1905: „Die Parteifläche“ hat einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Finanzen gebracht, und man spürt beim Lesen, wie den freimütigen Herren das Wasser im Munde zusammenläuft vor Appetit nach eben solchen Finanzen.“ Weiter kommen dann wie alljährlich die Klagen, daß die Parteifläche nicht genug in die Parteifläche zahlen. Man hat eben in der Parteifläche nicht genug und will noch mehr in den Fonds geben, der als Parteifonds als zu aufblühen soll, dessen Höhe aber niemand kennt und der geheimnisvoll irgendwo und irgendwie von irgendwem verwaltet wird, denn der ist in allen Abrechnungen nur dann zu finden, wenn er zahlt oder wenn Kapitalien angelegt werden.

Von diesen stofflichen Vermögens des Parteivorstandes, dessen Höhe mit einer halben Million kann zu hoch bemessen sein dürfte, erzählt das große Publikum der „Genossen“ nichts. Eine derartige Finanzpolitik aber dürfte nicht gerechtfertigt sein, den freimütigen Herren oder anderen Appetit nach einer ähnlichen zu machen. Obwohl die Parteifläche im Jahre 1905/06 an Darlehen 327 606 M., an Zinsenabgaben 132 020 M., also fast eine halbe Million verlor, aber verborgt hat, gab der „Vorwärts“ am 2. Februar 1907 einen „Genossen“ auf seine bescheidene Mitteilung, wo er ein Darlehen erhalten könne, die eigenartige Antwort im Briefkasten: „Wir vermögen Ihnen niemand nachzuweisen, der Darlehen zahlt.“

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 10. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesrat: Denburg. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Entwurfs des Reichsgesetzes über die Einheitsrente in Süddeutschland. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, dem Reichstag zu empfehlen, das Gesetz in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung zu billigen. Die Billigung soll erfolgen unter der Bedingung, daß anderweitige Ansprüche auf Entschädigung gegen das Reich oder die Kolonien aus Verlusten infolge des Aufstandes der Empfänger nicht gestellt werden.

hypothekarische Eintragung verlangt wird, andere Gläubiger fordern und sich nicht einlassen. Auch wenn darüber, sobald der erste Rückzahlungstermin kommt, Schwierigkeiten entstehen. Wir wollen den Leuten gar nicht ein Recht auf Unterstützung geben, aber die Gerechtigkeit erfordert die Unterstützung gegenüber den Leuten, die für die Kolonie gestimmt haben. Will man sie ihnen geben, gratia geben, dann muß man es ihnen auch mit Gracile geben. Auf keinen Fall kann man ihnen eine einzige Krone auferlegen. Was Sie ihnen geben, kommt am letzten Ende doch wieder dem Schuldteufel zugute. Wollen Sie wirklich den Leuten etwas Gutes tun, dann bitte ich Sie, den 7½ Millionen zuzustimmen. Natürlich bin ich mit der von der Kommission beschlossenen Voraussetzung, daß die betreffenden nicht anderweitig mit Rückzahlungen geltend zu machen haben, einverstanden.

Hr. Groeber (Rt.) bemängelt, daß die Unterstützung eventuell auch solle gewährt werden können ohne Nachweis des wirtschaftlichen Bedürfnisses. Die Verteilung sei doch tatsächlich nicht nach der Größe des Schadens. Wer einen großen Schaden erlitten hat, die Bedürfnisse sind größer. Der Zusatz der Kommission scheidet übrigens auch das, wo wirklich ein Rechtsanspruch geltend gemacht werden könne, die Rechtsfähigkeit ab. Wollte man denn das wirklich? Die ganze Feststellung des Schadens beruhe übrigens in Subjektivismen auf höchst unsicherer Grundlage. In einzelnen Fällen seien ganz löbliche Lebensbedingungen auch in der Kommission festgelegt worden. Solche Lebensbedingungen seien ja menschlich, aber selbst wenn man da an bona fide eine höhere Forderung denke, an eine Lebensbedingung des eigenen und geschädigten Volkes, so zeige das doch die Unzulässigkeit aller bisherigen Schadens-Schätzungen. Wie viele von den geschädigten Formern seien überdies mitbedingt an dem Verluste.

Hr. Baasche (natl.) hat von den Ausführungen des Vorredners den Eindruck, als ob das Zentrum überhaupt nichts, auch nicht einmal als Darlehen, bewilligen wolle. Wenn, wie der Vorredner selber gesagt habe, von einer Anzahl Forderungen so und soviel abgezinst werden ließe, so bemerke das doch, daß bei der Aufhebung der Verbindungen vorzüglich zu Werke gegangen sei, doch unübersichtliche Forderungen einfach abgelehnt seien. Und das spreche doch erst recht, anerkannt Forderungen anzunehmen zu beabsichtigen. Das ist unpraktisch, die hypothekarische Eintragung von Darlehen zu verlangen, davon sei er selbst durch den Kolonialdirektor abgezogen worden.

Hr. Baasche (natl.) hat von den Ausführungen des Vorredners den Eindruck, als ob das Zentrum überhaupt nichts, auch nicht einmal als Darlehen, bewilligen wolle. Wenn, wie der Vorredner selber gesagt habe, von einer Anzahl Forderungen so und soviel abgezinst werden ließe, so bemerke das doch, daß bei der Aufhebung der Verbindungen vorzüglich zu Werke gegangen sei, doch unübersichtliche Forderungen einfach abgelehnt seien. Und das spreche doch erst recht, anerkannt Forderungen anzunehmen zu beabsichtigen. Das ist unpraktisch, die hypothekarische Eintragung von Darlehen zu verlangen, davon sei er selbst durch den Kolonialdirektor abgezogen worden.

Inzwischen ist ein Antrag **Arndt** eingegangen: für den Fall der Ablehnung der 7½ Millionen den Betrag von 5½ Millionen (also 2 Millionen mehr als die Kommission vorschlägt) zu bewilligen, zu dem Zweck, daß alle Schäden bis zu 10 000 Mark voll und die darüber hinausgehenden Schäden zu zwei Dritteln entschädigt werden können.

Hr. von Richthofen (konf.) empfiehlt in erster Linie Bewilligung der vollen 7½ Millionen, eventuell bittet er den Antrag Arndt anzunehmen. Sollte auch dieser abgelehnt werden, würden seine Freunde dem Kommissionsvorschlag zustimmen.

Hr. Arndt (natl.) hat für seinen Antrag ein Fonds der **Hr. Groeber** sagt, daß ja die former teilweise mitbedingt an dem Verluste sind, so läßt sich ebenso gut sagen, daß auch die Regierung bis zu einem gewissen Grade die Schuld an dem Aufstande trägt. Aber dort hinaus, nach Süddeutschland, der hat keinen Anspruch auf die Reichsmittel des Landes, das doch selbst die Schuld hat für seinen Schaden an diesen Reichsmitteln, so ist es schuldig an dem Aufstande. (Gesächter im Zentrum.) **Hr. Dr. Erberger**, daß das Volk so denkt, hat es ihnen doch bei den Wahlen gezeigt! Wenn aus diesen auch nur Ihre Verbündeten, die Sozialdemokraten (erneutes Geschrei im Zentrum), geschädigt hervorgegangen sind, Sie selber dagegen nicht, so kann ich doch hoffen, daß Sie auch noch einmal ändern. (Wiederholtes Lachen im Zentrum.) Ich hoffe, die Wählerhaft wird das nachsehen. Mein Antrag erfordert nur 1/2 Million mehr, als schon die Kommission bewilligt hat, und ein Adler halber Million braucht sich doch wohl niemand zu scheuen.

Gouverneur v. Lindequist: Man scheint anzunehmen, als bedeuteten die 7½ Millionen unter Zurechnung der schon früher bewilligten 5 Millionen eine volle Entschädigung. Um eine solche aber handelt es sich gar nicht. Nicht berücksichtigt ist der indirekte Schaden, der Verlust während der Kriegszeit; außerdem sind die Verluste heute doppelt so hoch als früher! Weiter wendet sich dann noch gegen einzelne Groeber'sche Ausführungen.

Hr. Dr. Wiemer (fr. Sp.) wird nicht bereit, über den darin vorgeschlagenen Betrag hinauszugehen. Der Gedanke, Darlehen zu geben, die hypothekarische Eintragung seien, ist nicht gangbar. Der Kolonialdirektor hat sich nicht an dem Kommissionsentwurf. Dann bleibt nicht übrig, als die Unterstützung zu verweigern, verda zu gewähren. Und mit den 5 Millionen läßt sich wenigstens einigermaßen auskommen. Deshalb lehnen wir auch den Antrag Arndt ab. Eine bestimmte Grenze zu ziehen, bis zu der volle Entschädigung zu gewähren sei, das ist schwebel. Immerhin behalten wir uns falls bis zur letzten Sitzung noch eine andere, zweckmäßigere Forderung für den Gedanken des Antrags Arndt gefunden wird, unsere Erwägungen darüber vor.

Hr. Lattmann (wirtsch. Bg.) spricht im Sinne von Dr. Baasche, Dr. Arndt und **Hr. v. Richthofen**. Seine falsche Sparfahrschein! Hier gilt es nicht den Standpunkt der Kolonie, sondern die weitere Einseitigkeit der Kolonie.

Die Zustimmung ergibt die Ablehnung der Regierungsforderung gegen Rechte, Nationalitalien und wirtschaftliche Vereinigung, des Antrags Arndt gegen Rechte und wirtschaftliche Vereinigung; der Kommissionsvorschlag wird durch die Blockmajorität abgelehnt.

Der Antrag **Arndt**, der die Forderungen aus der Bewilligung des Kriegsausstandes in Süddeutschland (Erhöhung des Reichsausstandes unter Vermeidung der Anleihe) wird in zweiter Lesung genehmigt, ebenso die Zurechnungszulagen, worüber **Dr. Wiemer** (fr. Sp.) berichtet.

ausreichend in Höhe von 200 000 M. angelaufenen Eintritte, gelte für die Bewilligung des Reichsausstandes, die bisher in einem besonderen Fonds durch den Reichspräsidenten verwaltet wurden, auf den Etat gebracht werden. Das bisherige Reichsausgeld von 50 M., bezw. 25 M. für Militärpersonen wird auf 25 bezw. 10 M. ermäßigt. Die aus den Eintrittegebühren aufgenommenen Summen sollen zu Unterstützungen für die Unter- und Hilfsbeamten des Hofes verwendet werden, u. a. werden die Hilfsbeamten auch für die Kraftentfaltung einbezogen.

Hr. Einger (Soz.) trägt dem Präsidenten eine Reihe von Wünschen für die Lage dieser Beamten vor. **Vizepräsident Dr. Baasche** erklärt das volle Wohlwollen des Präsidenten.

Hr. Dr. Arndt (Rt.) gibt die Meinung, in den nächsten Etat 100 000 M. einzuschließen für parlamentarische Studienbeihilfen, die voll zu bewilligen, wenn die Abgeordneten auf Kosten des Reiches die volle Verfassung für alles aus, was sie in letzter Zeit an nützlichen und praktischen Einrichtungen erdachten hat. Das hier für die Beratungen des Reichstages ein großes Problem seien, habe sich im letzten Jahre gezeigt. Die Forderung der Kosten werden erfolgen aus den Ersparnissen beim Zinsentzug infolge der Staatsjahre.

Hr. Vizepräsident v. Sonnenberg (wirtsch. Bg.) spricht unter anderem über den Wunsch aller Parteien der Verwirklichung des Reichsausstandes die volle Verfassung für alles aus, was sie in letzter Zeit an nützlichen und praktischen Einrichtungen erdachten hat. Das hier für die Beratungen des Reichstages ein großes Problem seien, habe sich im letzten Jahre gezeigt. Die Forderung der Kosten werden erfolgen aus den Ersparnissen beim Zinsentzug infolge der Staatsjahre.

Hr. Wiemer (fr. Sp.) spricht unter anderem über den Wunsch aller Parteien der Verwirklichung des Reichsausstandes die volle Verfassung für alles aus, was sie in letzter Zeit an nützlichen und praktischen Einrichtungen erdachten hat. Das hier für die Beratungen des Reichstages ein großes Problem seien, habe sich im letzten Jahre gezeigt. Die Forderung der Kosten werden erfolgen aus den Ersparnissen beim Zinsentzug infolge der Staatsjahre.

Hr. Arndt (Rt.) hat die Kommission mit Rücksicht darauf, daß diesmal bereits das Ergebnis des Rechnungsjahres 1906 berücksichtigt werden konnte, die Einnahmen des Reiches aus der Reichskasse um 5½ Millionen erhöht.

Hr. Dr. Baasche (Rt.), **Dr. Arndt (konf.)**, **Dr. Wiemer (natl.)** beantragen eine Resolution, in der um baldige Vorlegung eines Gesetzes zur Bewilligung des Reichsausstandes ersucht wird.

Hr. Dr. Neumann-Hofer (fr. Sp.) lenkt die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten auf die Wünsche der Reichstagesmitglieder, ebenso die Resolution.

Hr. Dr. v. Gump (fr. Sp.) äußert seine Beunruhigung über die Zulage einer Erquete als Grundlage für die Erweiterung des Reichsausstandes. Er bittet um Bewilligung und wünscht insofern möglich möglichst baldige Vorlegung über die Höhe des Goldausflusses und die Bewilligung der Industrie.

Der Etat der Reichskasse wird nach dem Kommissionsantrag angenommen, ebenso die Resolution.

Im Etat stehen 10 000 M. Repräsentationsgelder für den Reichspräsidenten. In der Kommission hat die Regierung erklärt, daß man auch für andere höhere Reichsbeamte später Veranschlagungen der Repräsentationsgelder einbringen werde. Die Kommission beantragt die Erhöhung für den Reichspräsidenten, aber mit der ausdrücklichen Erklärung, daß daraus keinerlei Folgerungen für die anderen Beamten gezogen werden dürfen.

Das Haus stimmt dem zu. **Hr. Dr. Neumann-Hofer** (fr. Sp.), daß die Verteilung der Repräsentationsgelder auf die einzelnen Beamten der Reichskasse rechtig sein müsse. Er verlangt seine Rede hierüber auf das nächste Jahr!

Der Etat wird mit dem Etatgesetz in zweiter Lesung genehmigt. Darauf wird eine lange Reihe von Petitionen nach dem Kommissionsvorschlag erledigt.

Schluss 1 Uhr keine Vorlagen, Grunderinterpellation und Nachprüfungen. **Schluss** 6½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Gernroden, 10. Sitzung vom 10. Mai, 12 Uhr.

Im Winterkrisis: v. Schubt. Die Erörterung wird beim Kultusetat fortgesetzt. In der Generaldebatte berichtet.

Professor Hiesl-Miel: Ich lenke die Aufmerksamkeit auf unzulässige Bestrebungen auf geistigem Gebiete, den unter Professor Hiesl's Leitung stehenden Kommissionsband. Er predigt den Abismus in unüberhörlicher Art. Wenn derartige umfangreiche Arbeiten von Chemikern ausgeführt werden, so muß das Parlament sprechen: principis obsta! Wenn ich die Wissenschaft und ihre Lehre frei, aber der Komismus will die wahre Wissenschaft unter das laubdünne Dach einer Unwissenschaftlichkeit beugen. Professor Kausen hat offen bemerkt, er habe Hiesl's „Weltanschauung“ nur mit bremsender Scham gelesen. Den theologischen, physikalischen, biologischen und philosophischen Inhalt des Buches scheidet Hiesl aus den ersten Wissenschaften aus. Wir liegt nur an der Vertiefung dieser Naturwissenschaft, Hiesl's Komismus aber bedeutet den Wasser in Wurzeln. Von den Lehren der Weltanschauung meine ich nur drei Kategorien: die Wurzeln, die Hiesl'sche Weltanschauung und die höhere Weltanschauung. (Beifall.) Ich will volle Toleration auf geistigem Gebiete. Aber ich lehne, daß der Komismus im Namen der Wissenschaft auftritt. Nur geistige Wurzeln sind zur Abwehr des Komismus brauchbar. Der Staat muß aufklärend wirken und den naturwissenschaftlichen Unterricht verschärfen. Ich verweise auf einen ausgezeichneten Vortrag von Direktor Gieseler über diesen Gegenstand gehalten hat. In der Prima sollte wissenschaftlicher biologischer Unterricht gegeben werden, was ich durch eine Verfüzung des formalistischen lateinischen Unterrichts erreichen ließe.

Kultusminister Dr. v. Schubt erntet die Notwendigkeit der Bekämpfung des Komismus an. Er muß aber in erster Linie Aufgabe der Bekehrung sein, diesen Bestrebungen entgegenzu-



